

Nach fast drei Jahren Krieg in der Ukraine wird das Eskalationspotenzial dieser Konfrontation in gespensischer Weise verkannt und ein realistisches Lagebild verweigert. Wer auf eine Waffenruhe drängt, ist als „Lumpen-Pazifist“ verschrien.

der Freitag: Herr Vad, Sie traten noch zu Beginn des Ukrainekrieges oft im öffentlichen Fernsehen auf. Weshalb ist das nicht mehr so?

Erich Vad: Dass ich seltener angefragt wurde, lag wohl auch daran, dass ich vom medialen Wunsdenken hinsichtlich des Ukrainekrieges abgewichen bin. Man wollte diesen legitimen Verteidigungskrieg der Ukrainer medial unterstützen und hoffte, dass sie erfolgreich sind. Aber als Sicherheitsexperte habe ich mich zu keinem Zeitpunkt vom Wünschenswerten, sondern immer von der tatsächlichen militärischen Lage leiten lassen. Und da habe ich festgestellt, dass es eine große Diskrepanz gibt zwischen der Berichterstattung über den Ukrainekrieg und dem, was tatsächlich militärisch läuft beziehungsweise nicht läuft.

Sie haben immer wieder für eine realistische Einschätzung der militärischen Kräfteverhältnisse plädiert. Warum sollte diese unabhängig von politischen und moralischen Wünschen getroffen werden?

Eigentlich ist für alle Lebensbereiche eine objektive Analyse nötig, um richtige Entscheidungen zu fällen. Als es um die ukrainischen Offensiven ging, die punktuell erfolgreich waren, aber die Gesamtlage nicht nachhaltig veränderten, wurde die Haupttendenz der Medien zum regelrechten Wunschkonzert – weit weg von der Realität. Im militärischen Bereich ist es unabdingbar, ein schonungsloses Lagebild zu haben. Und da darf man nicht so tun, als wären die Ukrainer auf dem Weg zum Sieg.

Sie haben als junger Offizier über den klassischen Militärtheoretiker Carl von Clausewitz promoviert. Welche Bedeutung hat er heute für Sie?

Sie liegt vorrangig in seinem Votum für den Primat der Politik vor dem Militärischen. Diesen Weg haben wir bei der Ukraine verlassen, weil wir nur über immer stärkere und immer mehr Waffen diskutieren. Politisch haben wir den Konflikt überhaupt nicht betrachtet und erst recht keine Exit-Strategien entworfen. Es ist gewiss ein legitimer Verteidigungskrieg der Ukraine, der aber seine Vorgeschichte hat, weil er aus einem innenpolitischen Konflikt hervorgegangen ist und den Charakter eines Stellvertreterkrieges zwischen den USA und Russland hat.

Sie meinen den Konflikt, ob die russische Sprache und Kultur noch zur ukrainischen Identität gehören.

Ja, das zählt zur Vorgeschichte und damit zur Analyse. Wenn man sich weigert, das zu sehen, dann ist man schon ziemlich blind mit der Brille, die man sich aufsetzt. In der Denktradition von Clausewitz muss man vor allem realistische politische Ziele haben, bevor man Militär einsetzt. Auch das haben wir nicht getan. Wir sprachen von der Rückeroberung der Krim oder – wie unsere Außenministerin – von der des Donbass. Alles weit, weit weg von der militärischen Realität. Und trotzdem haben wir mit diesen bestenfalls visionären Zielen unsere Waffenlieferungen begründet. Nach Clausewitz ist es vollkommen unzulänglich, dass man nicht bereit war und ist, den Zustand nach dem Krieg, also den Frieden, mitzudenken. Das gilt im Prinzip auch für den Gaza-Krieg, wobei hier schon früh von Politik und Medien in Deutschland eine politische Lösung gefordert wurde. Das hat mich gewundert, weil das bei der Ukraine völlig fehlt.



FOTO: BERND ELMERTHAUER/IMAGO IMAGES

„Man muss dem Bürger erklären, was ein europäischer Krieg mit Russland wirklich bedeutet“

Ex-Bundeswehrgeneral Erich Vad hält es für beängstigend und fatal, wie sehr beim Blick auf die Lage in der Ukraine reines Wunsdenken vorherrscht

Erich Vad war, nach Tätigkeiten in den USA, in Brüssel bei der NATO und EU, im Verteidigungsministerium sowie im Auswärtigen Amt, 2001–2006 Referent für Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, anschließend bis 2013 Gruppenleiter im Kanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates und militärpolitischer Berater von Kanzlerin Angela Merkel. Nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst wurde Erich Vad ein international stark beachteter Sicherheitsexperte. 2024 publizierte er die Bücher *Ernstfall für Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg* sowie *Abschreckend oder erschreckend? Europa ohne Sicherheit* im Westend Verlag

Auf welche militärstrategischen Analysen stützt sich Ihr Bild des Ukrainekrieges?

Wenn man nüchtern auf das gesamte Kräftefeld blickt, zeichnete sich schon im Herbst 2022 klar ab, dass für beide Seiten eine militärische Lösung sehr unwahrscheinlich ist. Damals hat US-Generalstabschef Mark Milley diese von mir geteilte Einschätzung öffentlich artikuliert. Sie scheint inzwischen nicht nur bei selbst erklärten Experten und in deutschen Talkshows angekommen zu sein, die vorher im Wunsdenken verharrten. Waffen entscheiden Kriege selten oder gar nicht. Es sind vielmehr professionelle, miteinander kämpfende Streitkräfte, die Waffensysteme im Verbund einsetzen, um den jeweiligen Gegner niederzuringen. Sicherlich: Man muss moderne Waffen haben, um Erfolge erzielen zu können. Aber sie sind für sich genommen nicht ausreichend für den Erfolg auf dem Gefechtsfeld. Das ist der Denkfehler in dieser Debatte um unsere Militärhilfe an die Ukraine.

Der Kampfpanzer Leopard wurde als Game-Changer des Krieges medial regelrecht gefeiert, der Kanzler massiv unter Druck gesetzt, ihn freizugeben, und jede Kritik daran niedergemacht und die den Panzern überlegene Drohnentechnologie medial ausgeblendet. Vom angeblich kriegsentscheidenden Leopard hört man heute nichts mehr. Wenn man Panzer wie diese liefert, gehört Logistik dazu, technische Betreuung, Personal vor Ort, Betriebsstoffe und Munition. Im Gefecht dürfen sie ihn nicht isoliert, sondern müssen ihn im System eines Waffenverbunds sehen. Sie brauchen Kommandeure, die

das können und neue Technologien wie Drohnen beherrschen. Die sind nämlich für Kampfpanzer sehr gefährlich. Wenn man wie in der Ukraine ein quasi gläsernes Gefechtsfeld hat, sind Panzerangriffe, noch dazu frontal gegen eine tiefgestaffelte Verteidigung der Russen, wenig erfolgreich.

Sie haben die Frage aufgeworfen, was wäre, wenn Russland besiegt würde. Könnte Europa oder die westliche Welt überhaupt mit einem solchen Szenario umgehen?

Man darf nicht ausblenden, dass Russland die stärkste Nuklearmacht der Welt ist, dass es ein riesiges Territorium hat und eine föderale Ordnung ist, die durch zentralistische, autokratische Gewalt zusammengehalten wird. Sollte es gelingen, Russland zu destabilisieren, muss man sich fragen, wer dann für Ordnung sorgt im Osten Eurasiens. Ein militärischer Sieg über eine Nuklearmacht ist – ohne einen Nuklearkrieg zu führen – schlichtweg nicht machbar. Die Russen werden, wenn es um die Ostukraine, die Krim und die Zugänge zum Schwarzen Meer geht, nicht zögern, Kernwaffen einzusetzen, wenn sie konventionell nicht erfolgreich sind. Gott sei Dank sind sie jetzt nur konventionell unterwegs, das klingt fast zynisch.

Sie kritisieren manche NATO-Aktivitäten der Bundeswehr, etwa im Indopazifik. Warum sehen Sie das deutsche Interesse gefährdet?

Weil wir die Interessen der Staaten und ihre strategischen Rahmenbedingungen mehr in den Blick nehmen müssen, etwa die der Chinesen. Sie müssen aus ihrer strategischen Interessenlage

heraus im Südpazifikischen Meer beinhalten bleiben; und sie können, und sie werden Taiwan nicht aufgeben – mal abgesehen davon, dass Taiwan völkerrechtlich zu China gehört. Wenn wir als NATO ständig in die strategisch vitalen Zonen anderer Mächte hineingehen, ist das hochgradig gefährlich. Es gibt auch Forderungen, dass Georgien in die NATO muss, Serbien, Moldawien. Dann wiederholte sich das Szenario Ukraine. Im Übrigen lässt der NATO-Vertrag derzeit eine Aufnahme der Ukraine definitiv nicht zu. Das heißt nicht, dass man Mächte wie China und Russland einfach machen lassen darf. Man muss aber statt Säbelrasseln politisch vernünftiger mit ihnen umgehen.

Der von Boris Pistorius verkündeten Doktrin, dass Deutschland kriegstüchtig sein müsse, stimmen Sie zu, soweit es um die Verteidigung deutscher Interessen geht?

Der vom Grundgesetz auferlegte Auftrag unserer Streitkräfte ist die Verteidigung. Insofern ist es richtig, dass wir eine „kriegstüchtige“ Bundeswehr haben – zur Landes- und Bündnisverteidigung. Aber die NATO ist ein Verteidigungs-, kein offensives Bündnis. Letzteres wäre nicht ihre Geschäftsgrundlage und auch nicht die Deutschlands in der NATO. Das war so im Kalten Krieg, und das muss so bleiben. Wir haben heute eine Tendenz, die NATO nach innen als Transmissionsriemen amerikanischer Interessen einzusetzen, sie weltweit auszudehnen und zu ergänzen mit bündnisähnlichen Strukturen, auch im Indopazifik. Da müssen wir sehr aufpassen. Deutschlands Freiheit und Sicherheit wurden vor ein paar Jahren noch am Hindu-

kusch verteidigt, dann in Mali! Nun wollen einige, dass sie am Dnjepr und in Taiwan verteidigt werden. Das ist nicht im Sinne des Grundgesetzes und entspricht auch nicht der deutschen Interessenlage als Welthandelsmacht. Es muss wieder klar sein, dass die Bundeswehr einen Verteidigungsauftrag hat, für den sie mit dem Ziel der Abschreckung modern ausgestattet sein muss. Es darf gar nicht erst zu Kriegen und Stellvertreterkriegen kommen, weder in der Ukraine noch in Moldawien, Georgien oder sonst wo. Doch wird all das öffentlich mit einer Art Hypermoral in den Bereich des Denkbaren gerückt.

Was schlagen Sie vor?

Noch nie war Europa militärisch so abhängig von den USA. Das darf nicht so bleiben, deshalb brauchen wir mehr strategische Autonomie zwischen den neuen Machtblöcken, auch hinsichtlich des globalen Südens. Deutschland sollte nicht wie ein 51. Bundesstaat der USA agieren.

Was sagen Sie in diesem Kontext zum Beschluss der Bundesregierung, US-Mittelstreckenraketen zu stationieren?

Es ist richtig, dass die Russen aus der Kaliningrader Region heraus entsprechende Systeme auf Europa richten. Das Problem Deutschlands liegt auf anderer Ebene: Wir singularisieren uns durch diese einseitige Aufstellung ohne die Einbindung weiterer europäischer Partner und ermöglichen es so den Amerikanern, aus Deutschland heraus Russland mit Hyperschallwaffen innerhalb weniger Minuten zu treffen. Allein das destabilisiert bereits Europa und macht uns – nicht die USA – zur Zielscheibe. In jedem Fall müsste man eine solch gravierende Stationierungsentscheidung einbetten in Abrüstungsgespräche, so wie es damals beim NATO-Doppelbeschluss geschah. Stattdessen setzt man wieder nur – wie bei der Ukraine – auf Waffen ohne politisch-strategisches Konzept. Dass wir eine Fähigkeitslücke haben, stimmt, ist aber nur ein Teil der Wahrheit, weil überlegene see- und luftgestützte Systeme der NATO nicht einfließen. Wenn der Krieg weiterläuft in der Ukraine, führt dann die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen dazu, dass aus Deutschland Ziele in Russland bekämpft werden? Mit dem Risiko von Vergeltungsschlägen? Die NATO hatte 1979 diese Gefahr bei ihrem Doppelbeschluss erkannt. Auch Helmut Schmidt und Helmut Kohl hatten das: Ja, wir stationieren Pershings als Gegengewicht zu den russischen SS20, aber zugleich reden wir über Abrüstung und Bündnisverteidigung. Das ist dann passiert. Wir aber sagen jetzt diskussions-, widerspruchs- und angebotslos Ja zur Stationierung, der falsche Weg.

In Ihrem Buch „Ernstfall für Deutschland“ machen Sie klar, künftige Kriege werden nicht etwa nur digital geführt. Sie ziehen überall Zerstörung und Tod nach sich. Lässt sich das präzisieren?

Wenn wir Taurus liefern, die in die Tiefe Russlands hineinwirken, und was manche Politiker fordern, russische Ministerien unter Feuer nehmen, landen wir früher oder später in einem europäischen Krieg. Deutschland würde zum Aufmarschgebiet der NATO, deren logistische Drehscheibe es ohnehin ist. Wer dieses Risiko einkalkuliert, sollte auch an Schutzräume für die Bevölkerung denken, die wir derzeit überhaupt nicht haben. Man muss dem Bürger erklären, was ein europäischer Krieg mit Russland für Deutschland bedeutet. Der Krieg ist dann kein TV-Ereignis mehr, sondern blutig und trifft jeden einzelnen Bürger. Das sehen wir in der Ukraine. Deshalb muss er verhindert werden. Dazu gehören Stärke und Abschreckung, aber vor allen Dingen eine vernünftige, ausgleichende Politik, und nicht eine, die bestehende Konflikte noch verschärft.

Sabine Kebir
führte das Gespräch